

Nachgedacht:

Wenn wir eine Gewerkschaft hätten S. 2

UGÖD fordert von den Behörden:

Liebe statt Rassismus S. 4

Regierung gegen Ausländer:

Wozu eine 3. Landebahn? S. 6

PV-Verhandlungen brauchen neue Grundlage:

Die Inflations-Lüge S. 7

Ende der Informationsfreiheit:

2021: Zensur des Internets S. 12

Schildbürgerstreich:

Der „persönliche Nicht-Karfreitag“ S. 14

UGÖD: Gebühren für kritischen Journalismus

Für einen unabhängigen ORF S. 15

Statistik Austria:

**Österreichs Datenschutzz
in Gefahr** S. 16

Schulstreik für die Erde:

Systemwandel statt Klimawandel S. 20

Reinhard Sellner live im Reigen:

Fotos vom „Feierabend!“ S. 18



Wenn wir eine Gewerkschaft hätten...

...und nicht nur
regierungsfreundliche
„Fraktionsmenschen“



Liebe Kolleg_innen!

Egal ob

- C-Topf-Überfüllung
- immer mehr Testungen
- kein Förderpersonal
- kein / zu wenig Verwaltungspersonal
- Mittelschul-Restschulproblematik
- überrannte AHS
- kein Dienstrechtswahlrecht trotz Gesetzesvorschrift
- seit Jahrzehnten nicht angehobene Tages- und Nächtigungsgebühren
- seit Jahren nicht nur nicht angehobene, sondern durch BEZU sogar gesenkte Fahrtkostenabgeltung
- viel zu geringe (nämlich auf Basis viel zu hoher Klassen-/Gruppengrößen berechnete) WE-/Real-/Lehrer_innen-Stundenzuteilung
- unrealistisch enge Sonderpädagog_innen-Bedarfsberechnungen
- nicht ausreichende Schul-/Sach-/Reise-Budgets
- zu hohe Lehrverpflichtungen, um tatsächlich Zeit z.B. für Individualisierung zu haben
- Schwerpunktsetzung auf Prüfungen statt auf Pädagogik
- Direktionsautonomie statt effektiver Mitbestimmung
- Direktionskaiser_innen (auf Lebenszeit) mit Weisungsrecht (aus der Kaiserzeit), statt auf Zeit gewählte Schulleitungsteams
- usw...

Egal woran ich bei Schule denke und was ich wieder darüber lese, immer wieder denk ich mir:

Wenn wir eine Gewerkschaft hätten...

...und nicht nur regierungsfreundliche „Fraktionsmenschen“, dann könnten weder all die Büromenschen in den Bildungsdirektionen und Ministerien, noch Parlament und Regierung so agieren, wie sie es seit Jahrzehnten und zuletzt immer unverschämter tun.

Wenn wir eine Gewerkschaft hätten...

...und nicht nur regierungsfreundliche „Fraktionsmenschen“, dann **würde die Gewerkschaft den Journalist_innen die Themen vorgeben**. Wir alle, Gewerkschaft, Eltern, Lehrer_innen, Schüler_innen und Studierende, wir würden gemeinsam der Bürokratie und der Regierung die Themen vorgeben.

Wir brauchen eine Gewerkschaft,

...die **tatsächlich die Arbeitenden vertritt**, und nicht Wohlhabende schützt, sondern Vermögens- und Erbschaftssteuern zumindest auf international vergleichbarem Niveau fordert, statt Armen als Strafe noch Geld wegnehmen zu wollen.

Wir brauchen eine Gewerkschaft,

...die **auch Geld für Bildung und Integration fordert**. Denn Bildung und Integration und Sozialstaat kosten. Die Gewerkschaft muss auch deren Finanzierung fordern, und zwar dort, wo Geld ist - und nicht bei den sozial Schwachen.



Mehr auf
oeliug.at

Kann die nun auch in Österreich beginnende Klimastreikbewegung ein Anstoß sein?

Kann die Überforderung der AHS+BMHS-Junglehrer_innen in Induktionsphase des neuen Dienstrechts und die 20-Prozent-Arbeitszeiterhöhung ein Anstoß sein?

Wann reicht's den geduldigen Österreicher_innen und den noch geduldigeren, weil ihren Beruf und ihre Schüler_innen liebenden Lehrer_innen endlich?

LG Gary
nachdenklich



Gary Fuchsbauer

ist stv. Vorstandsmitglied der ÖLI-UG, stv. Vorsitzender im BMHS-Zentralausschuss, GÖD-Vorstandsmitglied und Bereichsleiter gewerkschaftliche Bildungsförderung, stv. Vorsitzender in der BMHS-Gewerkschaft, Mitglied der GÖD-Bundskonferenz und der ARGE LehrerInnen



Cartoon: MUCH

Bi-nationale Paare und Familien fördern!

Liebe statt Rassismus!



von
Beate Neunteufel-Zechner



Donnerstag-Demo gegen Rassismus
wiederdonnerstag.at

Medienlügen

In den letzten Monaten ist in den Medien viel von den „bösen, rückständischen ausländischen Männern“ zu lesen. Wir haben eine ganz andere Geschichte zu erzählen.

Was wir vom Fremdenrecht Betroffene erleben, ist, dass uns der Staat bevormundet und unser Familienleben um jeden Preis verhindern will, indem absurde Hürden aufgestellt werden, wenn man/frau sich in einen Menschen von außerhalb Europas verliebt und mit ihr/ihm gemeinsam ein Leben in Österreich aufbauen möchte. Von einigen wenigen dieser Hürden möchten wir euch heute erzählen.

Partnerschaft ab € 1.398,97 netto

Ein Einkommen von € 1.398,97 netto pro Ehepaar ist nachzuweisen. Wenn sich Anna also während ihres Auslandsstudiums in Ernesto verliebt, dann muss sie, wenn die beiden in Österreich gemeinsam leben wollen, für den Erstantrag dieses Einkommen allein aufbringen. Und die Tatsache, ein gemeinsames österreichisches Kind zu haben bedeutet nicht, dass die Familie automatisch irgendeinen Anspruch auf ihr Familienleben hier in Österreich hat. Ein Familienleben in Österreich muss man sich leisten können!

Ausländer: Kein Zutritt zu Botschaften

Wenn Anna dieses Einkommen in Österreich glücklicherweise erbringt, muss Ernesto zusätzlich vor seiner Einreise nach Österreich irgendwo in der Welt ein Deutsch-Zeugnis auf A1-Niveau erwerben.

In vielen Ländern ist Deutschlernen jedoch schwer bis kaum möglich, da es kein anerkanntes Sprachinstitut gibt, das ihm die notwendigen Zertifikate ausstellen könnte. Ernesto kann es auch passieren, dass er keinen Zutritt zu einer österreichischen Botschaft irgendwo in der Welt bekommt. Manche BotschafterInnen meinen, nur gebürtige ÖsterreicherInnen vertreten zu wollen und zu dürfen. Die Behörden in Österreich sind da nicht unähnlich.

Schluss mit rassistischen Regelungen!

Ehe-Ohne-Grenzen.at fordert seit 2006 die Aufhebung derartiger rassistischer Regelungen. Der Verein erforscht den österreichischen „Fremdenrechts-Dschungel“ für bi-nationale Paare und Familien, die Beratung suchen, trotz der andauernden Sündenpolitik dieser Regierung gegenüber Fremden.

Kinder haben das Recht auf beide Eltern

Ehe-Ohne-Grenzen.at fordert ein Familienleben für alle, die in Österreich sind und leben wollen, unabhängig von ihrem Einkommen. Sie machen darauf aufmerksam, dass alle in Österreich lebenden Kinder das Recht auf beide Elternteile haben. Es ist unerhört und unzulässig, dass durch die österreichische Fremdenpolitik unüberwindbare Grenzen mitten durch Familien gezogen werden, und dass durch Gesetze Alleinerziehende geradezu „produziert“ werden.

Beratung und Hilfe:

Initiative: Ehe ohne Grenzen

Zollergasse 15/2

1070 Wien

ehe-ohne-grenzen.at

ZARA

Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Schönbrunner Straße 119/13

Eingang: Am Hundsturm 7

1050 Wien

Tel. +43 (1) 929 13 99

beratung@zara.or.at

www.zara.or.at/de

Links:

wien.gv.at/gesellschaft/fluechtlinge

ausbildung-statt-abschiebung.at



ugod.at/liebe-statt-rassismus

Wozu eine 3. Landebahn?



Warum brauchen wir eine dritte Landebahn am Flughafen Wien?

Die Bundesregierung wünscht doch gar keine Fremden mehr im Land.

Wer soll also zu uns geflogen kommen?

Viele Leute aus der Babyboomergeneration werden in Kürze so niedrige Pensionen erhalten, dass sie auf Reisen verzichten müssen – die meisten unter ihnen sind Frauen, die nur in Teilzeit arbeiten konnten oder durften. Sie steuern jetzt auf ein Alter in Armut zu. Höhenflüge in die Ferne? Unmöglich.

Wer von uns also soll noch wegfliegen?



Bild:

ugoad.at/wozu-eine-dritte-piste



PV-Verhandlungen
brauchen künftig neue
Berechnungsgrundlage

Die Inflations-Lüge

Seit Jahren haben wir Löhne und Pensionen aufgrund geschöner Zahlen verhandelt. Wir brauchen eine bessere Verhandlungsbasis, die auf der realen Teuerung basiert.

Teurer als Gold

Ich brauche keine Krimis mehr. Einkaufen ist Nervenzitzel genug. Warum ist Benzin teurer als Bier? Warum kostet Druckertinte mehr als Gold? Die Währung verfällt, doch das Wirtschaftswachstum steigt weiter. Da stimmt doch etwas nicht.

Der „Warenkorb“ von Familie Normalverbraucher

Es beginnt ganz korrekt: Jedes Jahr dokumentieren in Österreich 7000 private Haushalte, welche Waren und Dienstleistungen sie gekauft haben: Nahrung, Kleidung, Mieten, Reisen, Reparaturen, Versicherungen, einfach alles.

Aus den wichtigsten 770 Artikeln schnürt die Statistik Austria den durchschnittlichen „Warenkorb“ der privaten Haushalte. Und alle 5 Jahre werden die Waren darin behutsam aktualisiert, damit alles

weiterhin vergleichbar bleibt.

Diese unendlich mühevoll Handarbeit ist unseren StatistikerInnen aber noch nicht exakt genug. Darum ergänzen sie das Ergebnis durch noch mehr Handarbeit: Jedes Monat fahren sie in ein großes Einkaufszentrum im Süden Wiens, denn dort gibt es praktisch alles, was das Herz begehrt, auf einem Fleck. Dort vergleichen sie mühevoll alle Produktpreise aus dem Warenkorb, damit sie garantiert aktuelle Daten haben. Und weil ihnen auch das noch nicht genügt, vergleichen sie das alles mit den Umsatzdaten des Handels.

Quelle: Statistik Austria,
Konsumerhebung 2014/15 (PDF)
[www.statistik.at/web_de/dokumentationen/
menschen_und_gesellschaft/Soziales](http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/menschen_und_gesellschaft/Soziales)

Die Statistik Austria ist stolz auf ihre genauen Daten, und das zu Recht. Warum nun dieser Aufwand?

Grundlage für Lohnverhandlungen und Zinsen

Der „Warenkorb“ heißt in der Fachsprache **Verbraucherpreisindex (VPI)**. Die Veränderungen zum Vorjahr nennen wir übrigens Inflation.

Der VPI ist auch die Grundlage für Lohnverhandlungen, Kreditzinsen und für die Berechnung des Wirtschaftswachstums. Weil dieser Wert so extrem wichtig ist, macht sich die Statistik Austria auch so unfassbar viel Mühe damit.

Quelle: Statistik Austria,
Warenkorb und Gewichtung des HVPI 2019 (PDF)
www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/warenkorb_und_gewichtung

Ein „harmonisierter“ EU-Kompromiss

Die anderen EU-Staaten treiben natürlich denselben Aufwand mit ihren „Warenkörben“. Doch bei den Niederländern gibt's keine echten Manner-Schnitten. Und bei uns gibt's kein leckeres Vla, die bunte Puddingcreme. Jedes Land hat andere Spezialitäten und andere Konsumgewohnheiten. Wie vergleicht man nun aber die Warenkörbe unterschiedlicher Länder miteinander? Das geht fast nicht.

Um das Unmögliche dennoch möglich zu machen, einigte man sich auf einen Mittelweg, den harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Und weil der nirgendwo mehr richtig passt, rechnet jedes Land weiterhin einen eigenen Warenkorb aus. So weit, so gut.

Trick 1: Der „gewichtete Mittelwert“

Dass die Preise stetig steigen, stört nicht nur uns, sondern auch die Regierungen. Denn wertloses Geld macht schlechte Stimmung. Was also tun? Bessere Politik machen? Viel zu mühsam. Wieder Schilling drucken? Dürfen wir nicht mehr.

Schließlich fanden findige Köpfe in den USA eine Lösung: Wenn die Preise im Warenkorb einfach nicht mehr stiegen, so blieb die Inflation am

Papier niedrig. Man musste nur die teuren Artikel im Warenkorb „kleinrechnen“, und den billigen Waren mehr Gewichtung (Prozentanteile) geben.

„**Gewichtetes geometrisches Mittel**“ heißt der Zaubertrick. Dazu wird alles multipliziert und dann die Wurzel gezogen. Normalerweise eine übliche Methode, um unliebsame Spitzenwerte zu glätten und niedrige Zahlen zu betonen. Doch hier wird es gefährlich: Besonders teure Artikel verschwinden damit fast völlig aus dem Warenkorb und die billigeren Waren bleiben übrig.

$$\bar{x}_{\text{geom}} = \sqrt[n]{\prod_{i=1}^n x_i} = \sqrt[n]{x_1 \cdot x_2 \cdot \dots \cdot x_n}$$

Die mathematische Formel für das gewichtete geometrische Mittel. Grafik: Wikimedia Commons, CC BY

Die Statistik Austria betont, dass sie dazu natürlich nicht verpflichtet sei. Welches Mittelungsverfahren sie tatsächlich benutzt, steht ihr vollkommen frei. Dennoch ist zu befürchten, dass diese Berechnung längst international üblicher Standard ist. So werden aus hervorragenden Rohdaten plötzlich krumme Zahlen für die Politik.

Doch der Politik ist das noch immer nicht genug.

Trick 2: „Hedonische Qualitätsbereinigung“

Dass sich auch die Waren und Preise im Warenkorb ständig ändern, ist nur natürlich. Alle 5 Jahre wird daher die Zusammensetzung des Warenkorbes vorsichtig angepasst.

Wenn etwa ein Klopapier vom Markt verschwindet, suchen die StatistikerInnen nach einem vergleichbaren Neuen. Um die Waren trotzdem weiterhin vergleichen zu können, wird nun neben dem Preis auch die „Qualität“ in die Berechnung mit einbezogen. Das wird für jeden einzelnen Artikel gemacht und ist schrecklich mühsam. Aber der Warenwert soll schließlich über die Jahre vergleichbar bleiben.

Diese (gut gemeinte) **Trennung von Preis und Qualität** lässt sich jedoch für einen ganz billigen Trick missbrauchen. Den erfand Hans Wolfgang Brachinger (1955-2011), Professor für Statistik an zahlreichen Universitäten, während seines Studiums in den USA. Und nun wird es so richtig absurd:

Weil Computer immer leistungsfähiger werden, kaufen wir nach „hedonischer Qualitätsbereinigung“ nur noch **„Teil-Computer“**. Denn der Wert ist in all den Jahren stark gestiegen, nicht aber der Preis.

Dasselbe bei Fahrzeugen – laut Warenkorb kaufen wir statistisch nur noch **„Teil-Autos“** und **„Teil-Fahrräder“**. Denn auch hier gibt's inzwischen mehr Leistung und Funktionalität zum selben Preis.

In den letzten Jahren stieg auch der Wohnwert. Dank besserer Verkehrslage, höherem Erholungswert und besserer Dämmung wohnen die meisten von uns statistisch betrachtet nun in **„Drittel-Wohnungen“**. Wir lesen auch längst nur noch **„Buch-Anteile“**, tragen **„Mini-Röcke“** und telefonieren mit **„Viertel-Telefonen“** – wenn auch anders designed als früher...

Die Destatis erklärt diese und andere offizielle Methoden sehr gut:

www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/qualitaetsbereinigung.html

Wenn ein Vergleich trotzdem ganz besonders schwer fällt, entscheiden die StatistikerInnen einfach aufgrund ihrer „Erfahrung“ über die qualitative Änderung, wie die Destatis ungeniert erklärt. Seriöse Mathematik sieht anders aus.

Die Statistik Austria betont, dass all diese Methoden natürlich optional sind. „Der Verbraucherpreisindex wird mit statistischen Methoden berechnet, welche von internationalen und nationalen fachstatistischen Experten entwickelt und deren Verwendung gewissenhaft geprüft wurde.“

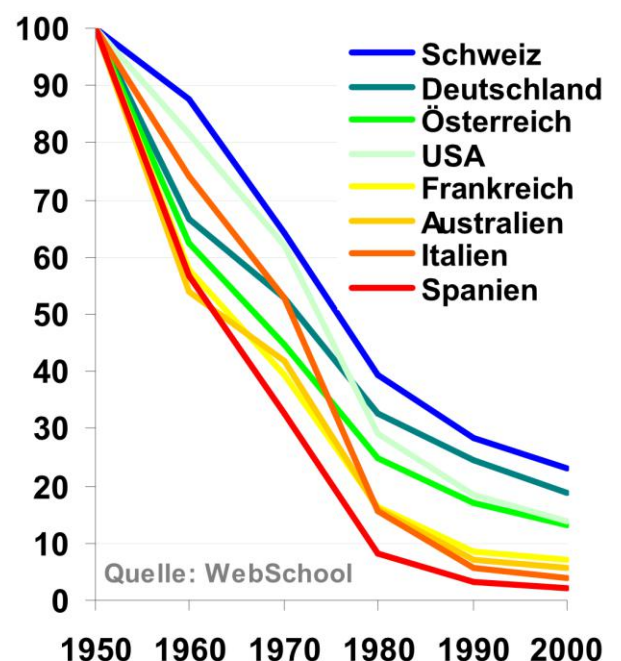
Trick 3: Billiger Ersatz

In Österreich selten gesehen, in den USA aber umso häufiger: Wenn statt teurem Rindfleisch im Warenkorb plötzlich billigere Pute liegt, billigerer



Hyperinflation in Deutschland 1923.
Die Ersparnisse wurden buchstäblich verheizt.
Bild: Tobias Plattenbacher, „Neues Geld, neue Welt“, plattenbacher.net (Creative Commons CC BY)

Kaufkraft ausgewählter „Währungen“ 1950-2005, bezogen auf die Kaufkraft von 1950.
Quelle: Tobias Plattenbacher, „Neues Geld, neue Welt“, plattenbacher.net (Creative Commons CC BY)



Käse oder Klopapier mit weniger Lagen, haben sich die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung vielleicht gar nicht geändert. Mit billigeren Artikeln lässt sich nämlich die Inflation beschönigen.

„**Surrogat-Ansatz**“ nennen die Statistiker dieses Austauschen gegen Billigwaren. Um dem vorzubeugen, wählt die Statistik Austria (nach Möglichkeit) beliebte Markenartikel für den Warenkorb, die sich schwerer durch günstige Diskontprodukte ersetzen lassen.

Trick 4: Die Umkehrlogik

Nicht immer wird bei Konsumgütern der Preis nach unten „gerechnet“. Dasselbe funktioniert natürlich auch in die umgekehrte Richtung. Wenn es dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) hilft, kann eine Produktverbesserung auch gezielt zu einem höheren Preis im Warenkorb führen – obwohl der echte Preis gar nicht gestiegen ist. So einfach lässt sich das BIP „schönrechnen“. Dass das in den USA seit langem der Fall ist, zeigt der Mathematiker John Williams auf

www.shadowstats.com

Trick 5: Die Rhetorik

Weil die Kritik aus der Bevölkerung trotzdem anhält, wird uns die reale Teuerung einfach als „**gefühlte Inflation**“ verkauft. Die Wirtschaft nennt sie lieber „wahrgenommene Inflation“, denn was wir wahrnehmen, ist ja nicht immer real. Diese Wortwahl ist Absicht. Sie soll uns vorgaukeln, dass wir uns selbst belügen.

Wer belügt hier wen? Belügt mich mein Konto-stand? Irrt er sich etwa? Oder ist er gar nicht real, sondern nur „gefühlte“?

Der Selbsttest

Für Neugierige:

www.statistik.at/persoenerlicher_inflationsrechner
www.statistik.at/Indexrechner

Hier könnt ihr euch euren ganz individuellen Warenkorb zusammenstellen und eure „persönliche Inflation“ individuell ausrechnen lassen. Ein kostenloser Service der Statistik Austria für kritische KonsumentInnen.

Wer trotzdem mit der offiziellen Berechnung der Statistik Austria nicht einverstanden ist, muss eben doch selbst nachrechnen (siehe unten).

Warum wird alles teurer?

Ja, warum eigentlich? Um die Frage vom Beginn des Artikels zu klären: Ursache für die Inflation ist die Ausweitung der ungedeckten Geldmenge. Es wird einfach viel mehr Papier gedruckt, als Gegenwert vorhanden ist. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Nur Bargeld ist streng genommen echtes Geld. Buchgeld (am Konto) ist gar kein Geld, sondern wertlose Zahlen im Computer. Etwa 99,7% unseres „Geldes“ sind also heiße Luft. Von Aktien, Optionen, und Derivaten ganz zu schweigen – wenn es Luftschlösser gäbe, wären sie die Spiegelbilder in den

Selbst nachgerechnet:

Anfang 2002 kostete Beates Wocheneinkauf („Miniwarenkorb“) mit Diskont-Artikeln durchschnittlich **20 Euro**. Ende 2018 kosteten dieselben Waren im Durchschnitt **65 Euro**. Wie hoch ist die reale jährliche Teuerung wirklich?

Formel für einfache Verzinsung: $K_n = K_0 \cdot (1 + n \cdot i)$

$$i = \frac{1}{n} \cdot \left(\frac{K_n}{K_0} - 1 \right)$$

$$i = \frac{1}{16} \cdot \left(\frac{65}{20} - 1 \right)$$

$$i = \underline{\underline{0,140625}}$$

Erläuterung:

K_0	Anfangskapital	20 €
K_n	Kapital nach n ganzen Jahren	65 €
n	Anzahl der Jahre	16 Jahre
i	Zinssatz als Dezimalwert	(gesucht)

Werte:

Die jährliche Teuerungsrate beträgt hier tatsächlich **14,06 Prozent**.

(Datenquelle: Beates Haushaltsbuch)

Seifenblasen. Der Wert aller Aktien übersteigt übrigens längst das Bruttosozialprodukt der gesamten Erde um ein Vielfaches. Ein seltsames „Spiel“.

Ergänzung:

Hauptproblem am Buchgeld ist die „wundersame Geldvermehrung“ durch Zinsen, Zinseszinsen und z.B. jedesmal, wenn Kredite vergeben werden. Da wird aus Nichts plötzlich Geld gemacht. Auch das kann auf Dauer nicht funktionieren.

Das dritte Problem: Der Euro ist zwar ein gesetzliches „Zahlungsmittel“, aber keine echte Währung. Einst stand nämlich auf den Schuldscheinen, wieviel Edelmetall oder Grundbesitz man dafür im Tausch bekam. Was steht dazu auf dem Euro? Nichts. Der versprochene Gegenwert: Null.

Diesen „kleinen Schönheitsfehler“ hatten übrigens auch schon Schilling und D-Mark. Hier war der Wertverfall ebenfalls schon fix eingeplant.

Zu Mozarts Geburt war eine Münze genausoviel wert wie zu seinem Tode, denn es gab immer nur

exakt soviel Schuldscheine wie Schuld. Was sehen wir heute auf den Euro-Scheinen? Nur ein buntes Bild, und auf der Rückseite führt eine leere Brücke ins Nichts. Es ist ein Papier-Schein, von einer Firma namens Bank verliehen.

Jede Religion lebt vom Glauben. Das größte Wunder am Euro ist, dass wir daran glauben.

Fazit:

Neue Berechnung nach realer Teuerung für künftige KV-Verhandlungen nötig!

Seit Jahrzehnten haben wir Löhne und Pensionen aufgrund geschöner Zahlen verhandelt.

Damit muss Schluss sein! Wir brauchen künftig eine bessere Verhandlungsbasis, die auf der realen Teuerung basiert.

Quellen:

Warenkorb und Gewichtung des HVPI 2019 (PDF)

www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/warenkorb_und_gewichtung

VPI und HVPI im Überblick (Fließtext)

www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi

Konsumerhebung 2014/15 (PDF)

www.statistik.at/web_de/dokumentationen/menschen_und_gesellschaft/Soziales

www.statistik.at/persoenerlicher_inflationsrechner/

www.statistik.at/Indexrechner/

Hedonische Bewertung

de.wikipedia.org/wiki/Hans_Wolfgang_Brachinger

de.wikipedia.org/wiki/Hedonische_Bewertungsmethode

de.wikipedia.org/wiki/Geometrisches_Mittel

VPI und Qualitätsbereinigung

www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/verbraucherpreisindex.html

www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/qualitaetsbereinigung.html

Internationaler Vergleich

www.focus.de/finanzen/news/inflation-tricksen-und-taueschen_aid_726249.html

www.shadowstats.com

Interview mit Tobias Plettenbacher

ugoad.at/die-inflations-luege

wirgemeinsam.net/files/news-und-termine/vortragsangebot/Neues_Geld_-_Neue_Welt_V1.pdf

www.plettenbacher.net



Film-Interview, ergänzende Downloads und ganzen Artikel als PDF:

ugoad.at/die-inflations-luege

2021: Zensur des Internets

Verlage: Hass auf das Netz

Den großen Musikverlagen ist das freie Internet ein Dorn im Auge. Es ist der größte Konkurrent für Zeitungen und Bücher. Sie wollen ab sofort am Netz „mitverdienen“. Doch hier gilt freier Datenverkehr. Den lassen sie künftig verbieten.

Totale Netz-Zensur

Die Musikverlage dachten sich dazu ein neues EU-Gesetz aus: Künftig sollen die Provider für alles haften, was wir im Internet verbreiten: Texte, Bilder, Fotos, Videos, Tonaufnahmen, Livestreams – einfach alles.

Alle neuen Inhalte müssen künftig auf Urheberrechtsverletzungen überprüft werden – schon beim Hochladen. Eine fast unmögliche Aufgabe. Dazu werden mächtige automatische Filter nötig. Fast allmächtige Lizenzstellen zensieren dann innerhalb der EU alles vorab. Eine Horrorvision? Nein, Realität. Das EU-Parlament beschloss das am 26. März 2019 tatsächlich so.



An der Realität vorbei

Doch wie sollen Zensurfilter alle urheberrechtlich geschützten Werke der Menschheit kennen? Vieles ist analog und offline. Das Meiste ist überhaupt in Privatbesitz und überall auf der Welt verstreut. Wer digitalisiert nun rasch alle Kunstschätze der Menschheit? Ein Ding der Unmöglichkeit.

EU-Parlament stimmte für Zensur

Massen kritischer Jugendlicher formierten sich im Internet gegen diese Pläne. Konservative Politiker behaupteten daraufhin schlicht, das seien nur „Bots“ (automatisch erstellte Texte).

Daraufhin protestierten die Jugendlichen erst richtig, 140.000 gingen in mehr als 80 europäi-

Jugendliche in ganz Europa demonstrierten wochenlang vergeblich gegen das EU-Gesetz.



schen Städten auf die Straße.

Die Kids wissen genau, was droht. Zensurfilter kennen sie längst. Die Videoplattform „Youtube“ zensuriert seit Jahren, und deren riesiger Filter ist schrecklich fehleranfällig. Er löscht mit Vorliebe selbstgemachte Kindervideos, dafür übersieht er fast jede Form der Darstellung von Gewalt.

Trotz aller Proteste wurde das umstrittene Gesetz im Europaparlament in Strasbourg beschlossen. Die EU-Staaten haben nun 2 Jahre Zeit, die Zensurpläne in Form nationaler Gesetze umzusetzen.

Im Zweifel: schuldig

Wir alle müssen dann einen ständigen Kampf gegen die allmächtigen Filter führen, vor allem gegen ihre ständigen Fehler. Jedesmal, wenn ein Text oder Bild vom Filter abgelehnt wird, müssen wir mühsam den Konzernen unsere Unschuld beweisen. Und „dank“ der allmächtigen Filter wissen sie immer, was wir tun.

Die Großen werden überleben, und die Preise steigen

Von „Zensur-Filtern“ ist im Gesetz natürlich nicht die Rede, sondern nur von der Haftung für alle Inhalte. Doch das ginge nur automatisiert. Und nur ganz große Konzerne könnten sich eine komplette juristische „Vorab-Prüfung“ aller Inhalte leisten. Kleine Webseiten werden die teuren Filter eben mieten müssen, oder den Betrieb einstellen. Der Aufwand wäre jedenfalls gigantisch.

Diese Kosten müssen wir alle bezahlen. Die Folgen: teurere Handytarife, höhere Internetgebühren und teurere Webseiten.

Ein großer Teil an Seiten, Texten, Bildern und Apps wird aus dem Internet verschwinden oder in der EU blockiert werden.

Unsichtbare Zensur

Das Schlimme: Die automatischen Filter werden nur wenige bemerken – ganz ähnlich wie in China. Was dort nicht „passt“, verschwindet einfach lautlos. Stille Zensur. Leise und unspektakulär.

Kurioser Nachsatz

Wir, die UGÖD, wollten neulich ein kritisches Gedicht auf unserer Webseite veröffentlichen. Ein winziges Gedicht. Wir riefen dazu beim Verlag an. Die Antwort: 5 Wochen Wartezeit zur Bearbeitung, Vorabinkasso 78 Euro brutto für 6 Textzeilen. Davon hätte die Autorin wenige Cent (!) bekommen. Wer so arbeitet, hasst nicht nur das Internet.

Links:

heise.de/-4351253
heise.de/-4351558
heise.de/thema/Urheberrecht
orf.at/stories/3116511
savetheinternet.info
pledge2019.eu/de



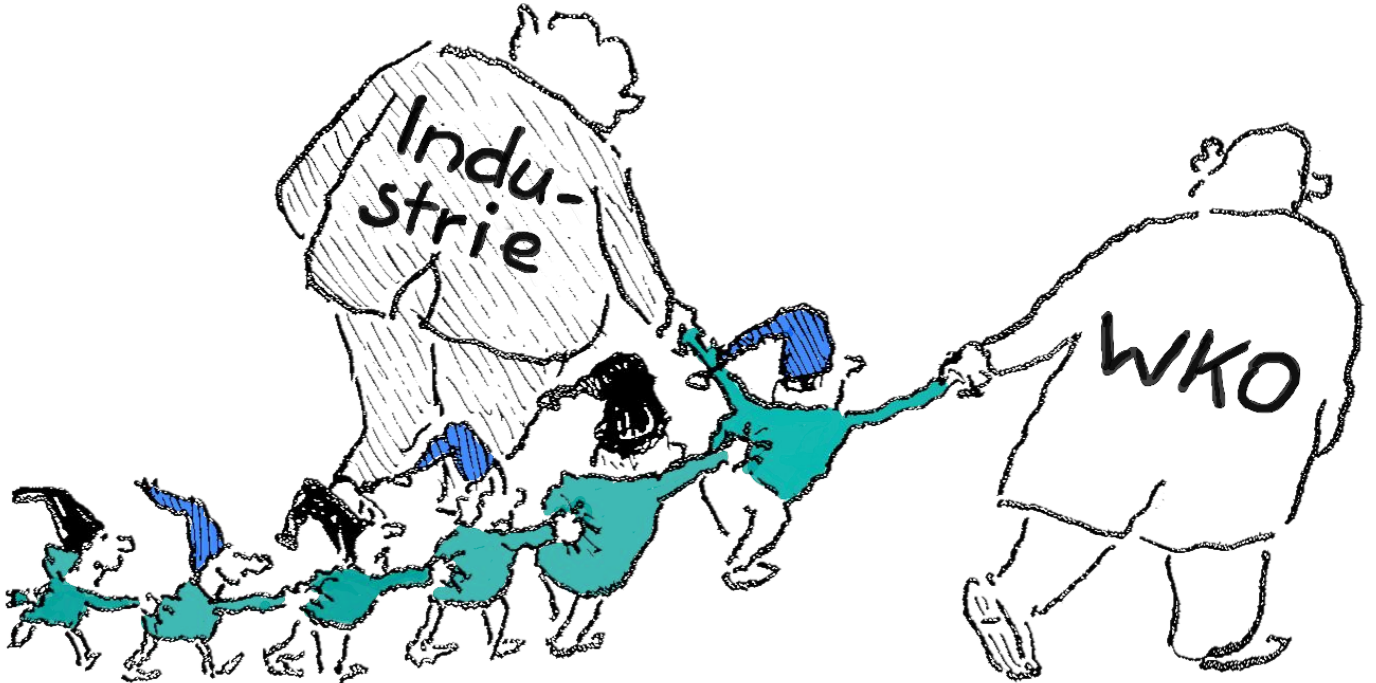
Film und Fotos:

ugoed.at/zensur-des-internets



Schildbürgerstreich

aus dem Parlaments-Kindergarten:



Der persönliche „Nicht-Karfreitag“

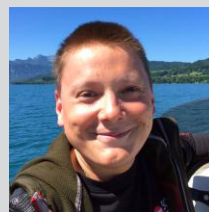
Strache streicht anerkannten Feiertag, und Kurz kürzt allen den Urlaub.

Kommentar von Manfred Pacak:

Die Regierung hat eine neue Karfreitags-„Lösung“: der Karfreitag wurde einfach für alle gestrichen! Alle ArbeitnehmerInnen dürfen sich einen „persönlichen Feiertag“ nehmen. Aber dafür wird ihnen ein Urlaubstag abgezogen.

Die Religionsgemeinschaften sind zufrieden und natürlich auch die Wirtschaft.

Sorry, aber sind die irgendwo angerennt? Da raubt man den Leuten ihren Feiertag, wenn sie dafür einen Urlaubstag opfern müssen!?! Sind wir in Schilda?



*Trotzdem liebe Grüße
Manfred Pacak,
UGÖD-Behindertenreferent*

Für einen unabhängigen ORF!



Ist der ORF wirklich unabhängig?

Diese Frage stellt sich immer wieder, zu Recht. Faktum ist, dass der ORF zumindest auf dem Papier seinen Bildungsauftrag zu erfüllen hat, und dennoch eine gewisse Programmautonomie besitzt.

Politik: Einfluss-Versuche

Immer wieder haben politische Institutionen versucht, Einfluss auf die Programmgestaltung des Österreichischen Rundfunks zu nehmen. Das „**Moltofon**“ des ehemaligen Vizekanzlers Wilhelm Molterer ist ja mittlerweile in den Rang einer zu belächelnden Anekdote aufgestiegen.

Strache will ORF-Budget streichen

Der jetzige Vizekanzler fordert die Abschaffung des Gebühreninkassoservices (GIS) und eine steuerbasierende Finanzierung des ORF. Seine Klientel

spendet Applaus. Die seit Jahren anhaltende Stimmungsmache gegen den ORF, vor allem gegen allzu kritisch fragende RedakteurInnen trägt Früchte.

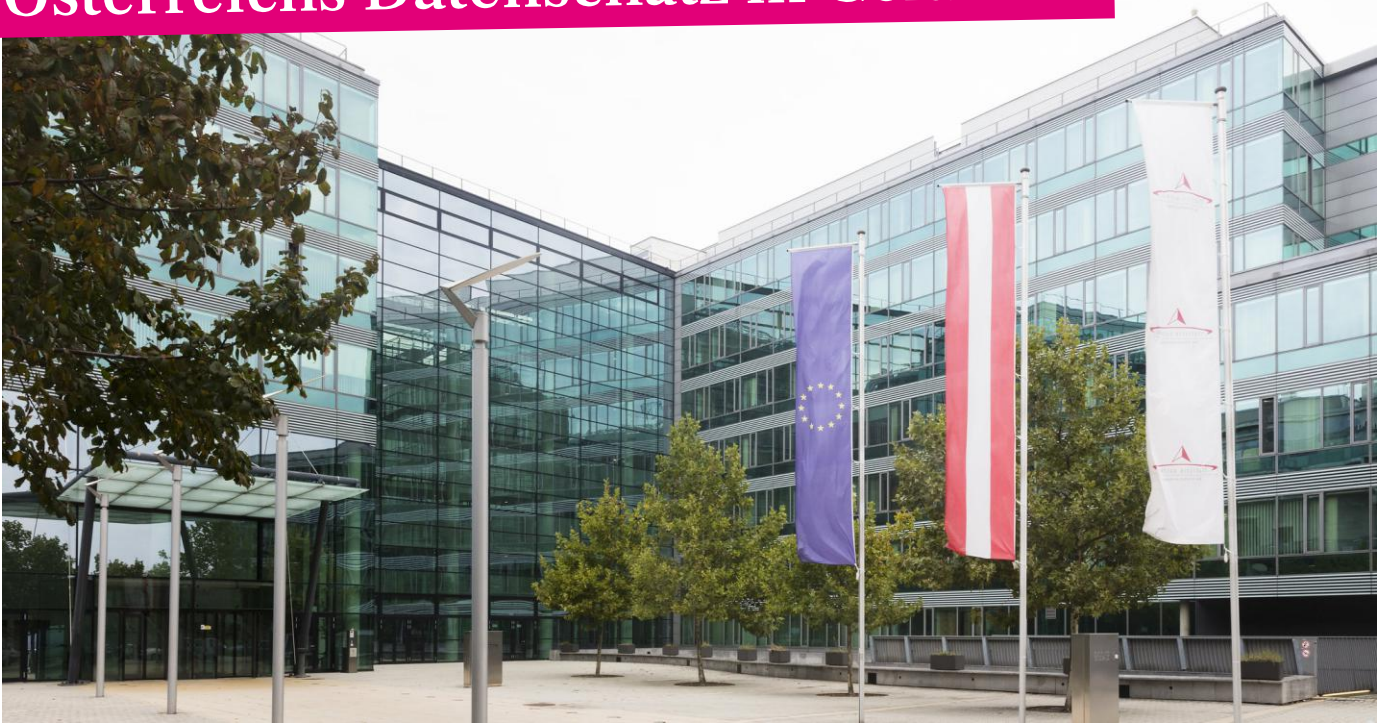
Wer zahlt, schafft an...

Ein rein steuerfinanzierter ORF wäre definitiv der Untergang der weitgehend unabhängigen Berichterstattung. Einer „Orbanisierung“ des Rundfunkprogramms wird so Tür und Tor geöffnet!

Schon Wolfgang Ambros wusste: „Wer zahlt, schafft an, und wer ned zahlen kann, muss parieren!“

Die UGÖD fordert von der Regierung, die Gebührenfinanzierung des ORF aufrecht zu erhalten, um auch weiterhin eine kritische Berichterstattung zu ermöglichen!

Österreichs Datenschatz in Gefahr



Die Glasfassade der Statistik Austria in Wien
Foto: Sebastian Philipp

Dem Bundeskanzler ist die Statistik Austria nicht gläsern genug. Er möchte selbst an die wertvollen Daten - mit allen Mitteln.

Österreichs Datenschatz in Gefahr

Die Statistik Austria sitzt auf einem riesigen Datenschatz. Sie weiß soviel über Österreich wie sonst niemand im Land. Und diesen Datenschatz will das Bundeskanzleramt nun haben - so schnell wie möglich.

Die Unabhängigkeit von statistischen Informationen über unser Land ist in Gefahr. Ob Politik, Medien oder Nichtregierungsinstitutionen – sie alle konnten sich auf die bestens und nach internationalen Standards gepflegten Daten- und Informationspakete der Statistik Austria verlassen.

Eine Angliederung dieser bisher unabhängigen Institution des öffentlichen Dienstes an das Bundeskanzleramt bedeutet eine Übernahme der Analyse- und Interpretationshoheit über das hochwertige Datenmaterial der Statistik Austria.

Kanzler und Vizekanzler wollen uns ÖsterreicherInnen in Zukunft statistische Daten vorlegen, die sie nach ihren politischen Vorgaben analysiert, zensuriert und interpretiert haben.

Der Abbau von Demokratie beginnt mit der Ausübung von Macht über Information

Das Bundeskanzleramt arbeitet bereits auf Hochtouren am Umbau der Statistik Austria – der Schweigekanzler dementiert.

Wichtige Reformpläne in der Statistik Austria wurden bereits gestoppt. Das Aussetzen der „Strategie 2020“ ist ein Affront der Regierung gegen die Sozialpartner, denn Strategiepapiere wurden bisher gemeinsam vom Statistikrat beschlossen.

Im Statistikrat sind neben dem Bundeskanzleramt auch die Sozialpartner Arbeiterkammer, Wirt-



Wir erwarten uns mehr Demokratieverständnis im Bundeskanzleramt! Österreich ist eine Demokratie, und wir wollen, dass das gefälligst so bleibt.

schaftskammer, Landwirtschaftskammer, sowie Städtebund, Gemeindebund, Landeshauptleutekonferenz und einige Ministerien vertreten. Die Meinung der Sozialpartner und der Fachleute ist nun nicht mehr gefragt.

Das Bundeskanzleramt zeigt bereits, wohin der Weg künftig gehen wird.

Bereits erste Kündigungen

Die Beschäftigten sind verunsichert, und einige Bewerbungen wurden schon zurückgezogen. Die unsichere Situation über eine künftige Datenerhebung mit möglicher politischer Einflussnahme schreckt ab.

Werden hochqualifizierte Angestellte und Datenverarbeitungsexpert_innen vergrault, leidet die Qualität. Die ersten Kündigungen von „unpassenden“ Mitarbeiter_innen gab es bereits. Doch es geht hier nicht nur um Arbeitsplätze.

UGÖD: Unabhängigkeit der Bundesanstalt schützen!

Wenn das Statistikgesetz schon überarbeitet werden soll, so ist darauf zu achten, dass die fachliche

Kontrolle und die Unabhängigkeit der Bundesanstalt „Statistik Austria“ gewährleistet bleiben.

Die UGÖD fordert daher weiterhin:

- ✓ **Transparenz und Nutzungsorientierung**
- ✓ **Tarifanpassung und Kostenwahrheit**
- ✓ **Nachvollziehbarkeit der Statistiken und überprüfbare Methodenbeschreibungen**
- ✓ **leicht verständliche Information über die Arbeit der Statistik Austria für eine breite Öffentlichkeit.**

Politik, öffentliche Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft stellen hohe Ansprüche an die Datennutzung der Zukunft. Zugang zu Daten und Statistiken und deren Verknüpfung mit anderen Datenbeständen erfordern besondere Sorgfalt und auf jeden Fall auch einen Ausbau der Qualitätssicherung. Dazu bedarf es nicht nur der Kontrolle durch Gremien mit Expertise, sondern auch der adäquaten Ausstattung mit finanziellen Mitteln und neuester Technologie.

Allein die Auflistung der verschiedensten Erwartungen Dritter an die Statistik Austria zeigt, dass ein gegendertes Führungskräfte team eine unabhängige Bundesanstalt wie die Statistik Austria in Zukunft leiten muss. Das ist die Vorstellung der Unabhängigen Gewerkschafter_innen im öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben.

Wenn sich das Bundeskanzleramt nicht so weit in die Zukunft zu gehen traut bei einer Neubestellung der Leitung (und beim alten "zwei-mal-viel-Macht-mit-Parteihintergrund-Standard" bleibt), dann unterstützen wir als UGÖD das Vorhaben der Opposition, die Statistik Austria dem Nationalrat zu unterstellen, wie es auch beim Rechnungshof der Fall ist, um weder die Glaubwürdigkeit noch die Unabhängigkeit der Bundesanstalt zu gefährden.



Mehr auf

ugod.at/statistik-austria-oesterreichs-wissensschatz-in-gefahr

Reinhart Sellner live im Reigen:

Fotos vom „Feierabend!“



Im Bild: Rigas Karagiannis (p), Timo Brunnbauer (g) und Reinhart Sellner (g, voc)

Es gab feinsten Blues & Jazz mit Reinhart Sellner (g, voc), Timo Brunnbauer (g), Verena Roithmayer (voc) & Rigas Karagiannis (p)

Gewerkschafts-Blues

Wir schenken Reinhart (und uns) diesen „Feierabend“ im Reigen, denn uns zuliebe hatte er jahrelang auf seine geliebte Musik verzichtet. Seit 1979 ist Reinhart on stage, also bereits seit 40 Jahren, und macht seitdem absolut feine Musik mit scharfen Texten. Ja, es ist kaum zu glauben – Reinhart ist bereits 71! Noch immer radelt er täglich quer durch Wien, noch immer arbeitet er oft bis lange nach Mitternacht, macht richtig feine Musik, und bis kurz vor Weihnachten war er auch noch unser Vorsitzender und gleichzeitig Mandatar im GÖD-Vorstand.

Reinhart hat aus einem bunten Haufen engagierter AktivistInnen tatsächlich eine richtige Gewerkschaftsfraktion gemacht! Wir haben es seiner un-nachahmlichen Geduld und seiner sanftmütigen Liebe zur Gerechtigkeit zu verdanken. Und wir glauben, wir sind inzwischen ein tolles Team geworden! Apropos: Der Blues ist ein ArbeiterInnen-Lied, Ausdruck gelebter Solidarität, Tradition der ArbeiterInnen-Bewegung und ihrer Gewerkschaften.

Und Reinhart zu Ehren ist die Leitfarbe dieser Doppelseite ausnahmsweise schönes **Rot**. Eh klar.

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt. Solidarität! Join The Union!



Mehr auf
[ugod.at/feierabend!](https://www.ugod.at/feierabend/)

Schulstreik für die Erde:

Kinder: „Systemwandel statt Klimawandel!“



Millionen Kinder in 2.083 Städten und 125 Ländern fordern naturgerechte Regierungsarbeit



Greta Thunberg (16) steht jeden Freitag vor „ihrem“ Parlament in Stockholm
Foto: Anders Hellberg, wikimedia commons
CC-BY-SA 4.0

Es begann mit Gretas Schulstreik

Seit August 2018 geht die nun 16-jährige schwedische Schülerin Greta Thunberg freitags nicht mehr zur Schule. Sie steht stattdessen bei jedem Wetter vor „ihrem“ Parlament in Stockholm und fordert umweltgerechte Gesetze, den sofortigen Ausstieg aus Kohleabbau, Erdöl und Atomkraft und einen stärkeren Einsatz Schwedens gegen den Klimawandel.



„Verändert das System, nicht das Klima!“

Greta fand Unterstützung, und jede Woche wurden es mehr. Aus ihrem stillen Protest wurde eine weltweite Bewegung. Am 15. März 2019 gingen in 125 Ländern gleichzeitig hunderttausende Kinder und Jugendliche für das Klima auf die Straße. Sie alle haben genug von der bisherigen Geldpolitik: „Verändert das System, nicht das Klima“. Mit ihnen: Besorgte Forscher*innen, Lehrer*innen, Eltern und Großeltern. Und wir natürlich. Denn wir haben keinen Planeten B.

Wien: Ministerien abgeschottet

Am 15. März demonstrierten Millionen Kinder und Erwachsene klar ihre Meinung. In der Antarktis hielten Forscher kritische Plakate in die Webcams. In der Schweiz trauerten Studenten der ETH Zürich an einem Grab um Mutter Natur. Weltweit gingen an diesem Tag Millionen Kinder und Jugendliche für ihren Planeten auf die Straße. Auch in Wien. Dort verriegelte das Gesundheitsministerium aus Sicherheitsgründen den Haupteingang. Ob man Angst vor kritischen Kindern hatte?

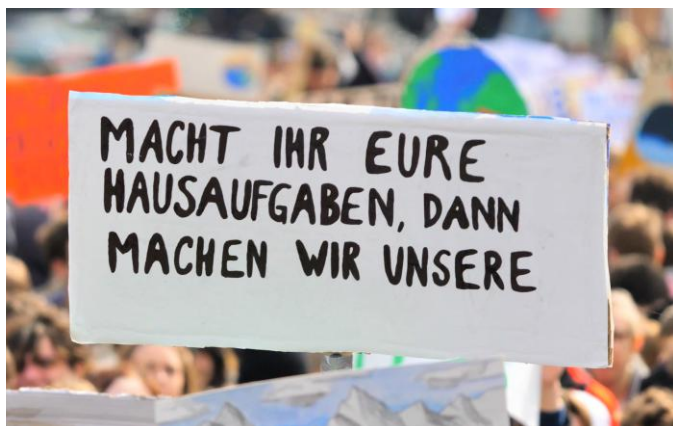
Bundespräsident Van der Bellen: „Ihr jungen Leute gebt mir Hoffnung“

Quelle: twitter.com/vanderbellen/status/1106517831590522881?ref_src=twsrc%5Etfw

Bildungsminister Faßmann: „Man streikt doch nicht für die Natur!“



Am 15. 3. 2019 forderten Millionen Kinder in 2083 Städten und 125 Nationen gemeinsam, dass sich die Regierungen endlich um die Natur und die Zukunft der Erde sorgen. Grafik: fridaysforfuture.org / openstreetmap.org



Bildungsminister Heinz Faßmann hält nichts von Schulstreiks während der Unterrichtszeit: „Die Schule ist doch Verbündeter der Schüler. In der Schule wird über den Klimawandel gelehrt und gesagt, was man dagegen tun kann.“ Faßmann fand auch den Begriff „Schülerstreik“ falsch. Man streike für Löhne, aber nicht für einen Erhalt der Natur.

Daraufhin gaben zahlreiche LehrerInnen, DirektorInnen und auch der Salzburger Bildungsdirektor für diesen Tag schulfrei.

Großer Erfolg für Greta

Die mutige Schülerin Greta Thunberg wurde inzwischen in Schweden zur wichtigsten Frau des Jahres 2019 erklärt. Was sie sagt, wird nun gehört. Im Februar 2019 sprach sie vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Mittlerweile ist Greta für den Friedensnobelpreis nominiert.



ugod.at/schulstreik-fuer-die-erde
fridaysforfuture.at



Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, email: office@ugod.at

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Webseiten Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Webseiten Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, UG, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, clipdealer.de, eigenes Material